



## **Bericht und Beschlussempfehlung**

### **des Innen- und Rechtsausschusses**

#### **a) Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung der Erhebungspflicht für Straßenausbaubeiträge**

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
Drucksache 19/150

#### **b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes - Abschaffung der Pflicht zur Erhebung von Beiträgen gem. § 8 Absatz 1 KAG**

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD  
Drucksache 19/159

Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich mit den ihm durch Plenarbeschluss vom 22. September 2017 überwiesenen Gesetzentwürfen in drei Sitzungen befasst und eine schriftliche und eine mündliche Anhörung zu ihnen durchgeführt. Der Ausschuss schloss seine Beratungen in seiner Sitzung am 13. Dezember 2017 ab.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und SSW bei Enthaltung der Stimmen der SPD, den Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP zur Aufhebung der Erhebungspflicht für Straßenausbaubeiträge, Drucksache 19/150, unverändert anzunehmen.

Er empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimme der AfD, den Gesetzentwurf der Fraktion der AfD zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes - Abschaffung der Pflicht zur Erhebung von Beiträgen gemäß § 8 Absatz 1 KAG -, Drucksache 19/159, abzulehnen.

Kathrin Wagner-Bockey  
stellv. Vorsitzende